

Medienmitteilung vom 30. April 2025

Dem Wald Sorge tragen mit den nötigen Finanzen

Verschiedene Verbände aus der Wald- und Forstbranche wehren sich gegen die im «Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt» vorgeschlagenen Sparmassnahmen. Für Pflege und Unterhalt des Waldes sowie für die Ausbildung von Forstpersonal müssen auch künftig genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Vier Massnahmen des «Entlastungspakets 27 für den Bundeshaushalt» betreffen den Wald direkt. So sollen bei den Verbundaufgaben von Bund und Kantonen im Rahmen der Programmvereinbarungen im Umweltbereich Kürzungen vorgenommen werden. Ganz gestrichen werden sollen die Förderung im Bereich Bildung und Umwelt, die Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen bei der Holzabsatzförderung sowie die Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivildienstpflichtigen.

Keine Abstriche bei der Sicherheit des Personals

WaldSchweiz, der Verband der Waldeigentümer, der Schweizerische Forstverein, die Forstunternehmer Schweiz, Fortbildung Wald und Landschaft (fowala) sowie der Verband Schweizer Forstpersonal sprechen sich in ihren Stellungnahmen im Rahmen der Vernehmlassung gegen diese Vorschläge des Bundesrats aus. Besonders der Verzicht auf die Förderung im Bereich Bildung trifft die Waldbranche empfindlich. So sollen Kurse für Waldbesitzende, Landwirte und andere forstlich ungelernete Arbeitskräfte, die temporär im Wald arbeiten und mit ihrer Tätigkeit besonders in walddreichen Randregionen einen unverzichtbaren Beitrag zur Walderhaltung beisteuern, vom Bund künftig nicht mehr finanziell unterstützt werden. Dies untergräbt die Bestrebungen in der Arbeitssicherheit, zumal gemäss Unfallstatistik der SUVA die Waldarbeit noch immer zu den gefährlichsten Tätigkeiten gilt. Für die Arbeitssicherheit ist eine gute Ausbildung zentral. Hier Fördermittel zu streichen, ist daher weder zielführend noch nachhaltig und zudem gesamtwirtschaftlich unsinnig. Ein Wegfall der Förderung im Bildungsbereich schadet auch der Tatsache, dass sich die Forstbranche zunehmend diversifizieren muss und unter anderem Projekte im Bereich der Biodiversität oder der Klimaanpassung umzusetzen hat. Forstbetriebe und Forstunternehmen mit gut ausgebildeten Fachkräften können diese Aufgaben und Herausforderungen besser lösen.

Die vorgeschlagene Streichung ist auch aus regionalpolitischen Gründen heikel, weil die Grundausbildung im Wald vor allem in peripher gelegenen Regionen und den Berggebieten erfolgt und dort Arbeitsplätze sichert.

Ausgeglichene Staatsfinanzen sind wichtig

Die Verbände aus der Wald- und Forstbranche anerkennen die Bemühungen des Bundesrats, die Ausgaben des Bundes nicht aus dem Ruder laufen zu lassen und unterstützen eine nachhaltige Finanzpolitik. Viele der waldspezifischen Vorschläge verschieben jedoch Kosten ohne wirkliche Einsparungen vom Bund entweder auf die anderen Staatsebenen oder direkt zu den Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer. Zudem ist störend an der gesamten Vorlage, dass die vorgeschlagenen Massnahmen ohne inhaltliche Prüfung oder Regulierungsfolgenabschätzung erarbeitet wurden. Relevante Akteure wie die Kantone oder Verbände wurden bei der Erarbeitung der Vorlage nicht einbezogen. Hinzu kommt, dass mit der generellen Vorlage konkrete Gesetzesänderungen (etwa im Waldgesetz) aus rein finanzpolitischen Überlegungen vorgeschlagen werden, die einer fachlichen Prüfung nicht standhalten. Ein solches Vorgehen ist aus staatspolitischen Gründen höchst fragwürdig und entspricht nicht der schweizerischen Politikkultur, welche alle betroffenen Akteure in die Erarbeitung oder Änderung von Gesetzesvorlagen angemessen einbezieht.

Wald ist beliebt bei der Bevölkerung

Ein Drittel der Schweizer Landesfläche ist Wald. Ihm muss Sorge getragen werden, denn der Wald erbringt wertvolle Leistungen für die Öffentlichkeit wie den Schutz vor Naturgefahren, Leistungen zur Umweltqualität im Bereich der Trinkwasserreinigung oder Luftfilterung und ist bei der Bevölkerung sehr beliebt für Freizeitaktivitäten (vgl. [Bevölkerungsumfrage Waldmonitoring soziokulturell WaMos 3](#)). Diese Leistungen – namentlich die Schutzfunktion, der Beitrag zum Klimaschutz und die Erholungsfunktion – können durch die tiefen Holzerlöse schon lange nicht mehr querfinanziert werden. Die vorgeschlagenen Sparmassnahmen stellen deshalb diese Leistungen in Frage. Bereits heute decken die Beiträge für gesellschaftliche Leistungen des Waldes die Kosten der Waldeigentümerinnen und -eigentümer nicht. Zudem leiden viele Forstbetriebe auch unter akutem Personalmangel.

Das vorgeschlagene Entlastungspaket widerspricht der Analyse des Waldberichts 2025 und belastet die Waldeigentümerinnen und -eigentümer noch stärker. Es kann nicht sein, dass der Bund einerseits auf fachlicher Ebene die Probleme benennt, aber auf finanzieller Ebene sich immer mehr aus der Verantwortung zurückzieht.

Die Vernehmlassungsantworten der Verbände sind abrufbar unter www.waldschweiz.ch/de/verband/politik-und-positionen/stellungnahmen
www.forstverein.ch/de/downloads/stellungnahmen
www.forstunternehmer.ch/politik/
www.foresters.ch/deutsch/aktuell

Kontakte

Benno Schmid
Leiter Kommunikation und Politik, WaldSchweiz
+41 32 625 88 71
benno.schmid@waldschweiz.ch

Regina Wollenmann
Präsidentin Schweizerischer Forstverein
+41 76 572 73 44
Regina.wollenmann@forstverein.ch

Roland Furrer
Geschäftsführer Forstunternehmer Schweiz
+41 79 432 29 15
Furrer@fus-efs.ch

Markus Amhof
Co-Präsident Verband Schweizer Forstpersonal
+41 79 311 64 03
amhof-forst@bluewin.ch

Florian Schär
Co-Präsident Verband Schweizer Forstpersonal
+41 77 405 47 84
schaer.florian@icloud.com

Urs Moser
Fortbildung Wald und Landschaft (fowala)
+41 32 961 18 33
moserurs@net2000.ch